

MITTEN IN BAYERN

Jungbrunnen in Tirschenreuth

VON ANDREAS GLAS

Um den Spannungsbogen nicht direkt kaputtzumachen, muss man im Kalender zwei Wochen zurückblättern und die Geschichte von Anfang an erzählen. Der Neue Tag hat genau recherchiert, wie die Aufregung losgebrochen ist. Es war Ende Oktober, als das Personal einer Hotelanlage in Erbendorf (Kreis Tirschenreuth) beunruhigt beobachtete, wie sich ein Liebespaar paketweise Chemikalien in seine Ferienwohnung liefern ließ. Einer der Beunruhigten rief die Polizei, die ebenfalls unruhig wurde und eine Mannschaft an Einsatz- und Spezialkräften aus Weiden, Amberg, Regensburg, Waidhaus und München anforderte. In der Ferienwohnung fanden die Polizisten einen Zehn-Liter-Kanister Aceton, fünf Liter Essigsäure, Salpetersäure, Wasserstoffperoxid, Wasserstoffsäure, dazu Kräuter, Kupfer und Platin. Hört sich an wie die Rezeptliste eines Drogenkochs. Oder noch schlimmer: eines Bombenbauers. Gott behüte!

Nach der Festnahme des Paares geht der Spannungsbogen dieser Geschichte zwar sehr schnell und sehr steil nach unten – dafür aber saust der Zeiger der nach oben offenen Oha-Skala mit Karacho in die Höhe. Der Kribo hat das Liebespaar nämlich erzählt, dass es keine Drogen herstellen wollte und keine Bombe, sondern, oha, ein Lebenselixier. Einen Zaubertrank also, der ewige Jugend verleiht. Und tatsächlich: Bei den Ermittlungen stellte sich raus, dass der Kribo keine Kriminellen ins Netz gegangen waren, sondern gnadenlose Romantiker – jetzt mal abgesehen von dem Gras, das die Romantiker während ihrer Zaubertrank-Experimente geraucht haben sollen. Ansonsten sei aber alles legal gewesen, teilte die Polizei an diesem Donnerstags mit.

Das Paar ist längst wieder frei, ist aus der Ferienwohnung ausgezogen und alles deutet darauf hin, dass die beiden die Oberpfalz verlassen haben, um sich ein neues Domizil für ihre Forschungen zu suchen. Zurück bleibt die Theorie, dass sich das Paar ganz gezielt den Kreis Tirschenreuth als Labor ausgesucht hatte. Schaut man sich den Altersschnitt in Tirschenreuth an, hätte dem Landkreis ein bisschen ewige Jugend jedenfalls ganz gut getan. Zugegeben, die Theorie ist ziemlich albern. Aber romantisch ist sie halt schon.

FLÄCHENFRASS

Alle müssen mitmachen

VON CHRISTIAN SEBALD

Alles ist nach der gewohnten Choreografie gelaufen. Nach einer emotionalen, teils richtig wütenden Debatte hat die CSU am Donnerstag im Landtag mit ihrer absoluten Mehrheit höchst umstrittene Änderungen des Landesentwicklungsprogramms und des Alpenplans durchgedrückt. Alles andere wäre eine Überraschung sondergleichen gewesen. Die Argumente waren seit Monaten ausgetauscht, die Standpunkte unverrückbar festgezurr und die CSU-Mehrheit ist nun einmal so, wie sie ist.

Das Bemerkenswerte in diesen Tagen ist deshalb nicht der Schaukampf im Landtag – auch wenn die Beschlüsse den Flächenfraß und die Landschaftszerstörungen anheizen werden und deshalb viele sehr schmerzen. Das Bemerkenswerte ist das Volksbegehren „Betonflut eindämmen“ der Grünen, der ÖDP und der Bauernorganisationen AbL. Zum einen dürfte eine verbindliche Obergrenze für den Flächenverbrauch in Bayern, wie sie die Initiatoren fordern, das einzig wirksame Instrument gegen den Flächenfraß sein, wie immer mehr Experten sagen. Zum anderen trifft das Volksbegehren den Nerv der Menschen. Das zeigt nicht nur der große Zulauf aus der Bevölkerung. Sondern auch die hektische Ankündigung der CSU, schon sehr bald ein neues Maßnahmenbündel gegen den Flächenfraß zu präsentieren.

Deshalb sind jetzt der Bund Naturschutz und der Vogelschutzbund LBV gefordert. Wenn es den beiden großen Naturschutzverbänden in Bayern wirklich ernst ist mit ihren jahrelangen Forderungen nach einer schnellen und wirkungsvollen Eindämmung des Flächenfraßes, müssen sie sich jetzt dem Volksbegehren anschließen. Aber auch die Heimat- und Landschaftspfleger müssen endlich aufspringen. Das Argument der Verbände und Organisationen, sie seien überparteilich und wollten im anhebenden Landtagswahlkampf ihre Neutralität wahren, zählt in diesem Fall nicht. Angesichts der Ausmaße, die der Flächenfraß in Bayern inzwischen angenommen hat, muss es zurückstehen.



Vertreter von Umweltschutzorganisationen, dem Alpenverein und anderen Flächenfraß-Gegnern demonstrierten am Donnerstag gegen die Politik der Staatsregierung, namentlich von Heimatminister Markus Söder. Oder wird das Land, ihrer Ansicht nach, durch den Beschluss der CSU-Mehrheit. FOTO: ROBERT HAAS

Lex Balderschwang

Der Landtag verabschiedet das neue Landesentwicklungsprogramm, das Gewerbeansiedlungen erleichtert. Die CSU-Mehrheit macht damit auch den Weg frei für den umstrittenen Skilift am Riedberger Horn

VON WOLFGANG WITTL

München – Einen lustigen Moment gibt es also doch noch in dieser hitzigen Landtagsdebatte am Donnerstag. Die Abgeordneten streiten über das neue Landesentwicklungsprogramm (LEP), es geht um die Frage, ob und in welchem Maß Gemeinden künftig Gewerbegebiete in der freien Natur ausweisen dürfen. Da wirbt der CSU-Mann Walter Nussel mit einem erstaunlichen Argument für die umstrittene Erleichterung: Moderne Supermärkte brauchen schließlich Platz, sagt Nussel in Richtung der Grünen – allein schon wegen der großen Sortimente für Vegetarier und Veganer. Großes Gelächter. Der Franke Nussel, ein gestandenes Mannsbild, steht im Verdacht, im Supermarkt eher ein Kenner der Fleischwarenabteilung mit der Rubrik Bratwürste und Schäufele zu sein. Mehr gibt es im Plenum aber nicht zu lachen.

Seit Monaten spaltet die Auseinandersetzung über das LEP die Landespolitik, am Donnerstag erreicht die Debatte eine erste Zielmarke. Wie erwartet stimmt die CSU mit ihrer Mehrheit für die Reform des Landesentwicklungsprogramms. Damit eröffnet sie zugleich den Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein im Allgäu die Chance, auf dem Riedberger Horn einen Skilift zu bauen. Die umstrittene Skischaukel hat es zum Symbol schlechthin in der bayerischen Umweltpolitik gebracht: Wegen ihr sollen 80 Hektar aus der Alpenschutzzone C entnommen und stattdessen eine Ersatzfläche von 304 Hektar neu aufgenommen werden.

Tourismus contra Naturschutz, um diese Grundsatzfrage geht es. Noch vor Beginn der Sitzung demonstrieren Umweltverbände vor dem Maximilianeum mit großen Plakaten. Richard Mergner, der Landesbeauftragte vom Bund Naturschutz, spricht Stunden später von einem „schwarzen Tag für den Alpenschutz und die Lan-

desentwicklung in Bayern“. Der Deutsche Alpenverein kritisiert die Staatsregierung für „einen Präzedenzfall“, der Tür und Tor öffne für Bauvorhaben „in sensiblen und höchst schutzwürdigen Bereichen der bayerischen Alpen“. Heimatminister Markus Söder (CSU) sieht einen Einzelfall, er sagt mit Blick auf die Flächen: „Es gibt mehr Naturschutz dort und nicht weniger.“

Söder steht im Mittelpunkt der Debatte, die Opposition wirft ihm eine rücksichtslose Wirtschaftspolitik zu lasten der Naturlandschaft vor. Ministerpräsident Horst Seehofer hält sich zu Sondierungsgesprächen in Berlin auf, doch auch so zögert Söder als personalifizierter Heimatverschwender, wie es ihm seine Gegner vorwerfen, die Pfeile auf sich. Oppositionspolitiker arbeiten sich an ihm ab, als wäre Söder bereits

Regierungschef, dabei will er es erst werden. Der Argumente wurden in den vergangenen Monaten genug ausgetauscht, deshalb wird es am Donnerstag mitunter sehr persönlich. Söder wolle ja nur Parteichef und Ministerpräsident werden, daher wolle er CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer, einem Unterstützer des Skiprojekts, gefällig sein, sagt Florian von Brunn (SPD). Seine Parteifreundin Annette Karl wirft dem Minister vor, er sei beratungsresistent: „Das ist keine Empfehlung für einen Politiker, schon gar nicht für einen so ehrgeizigen wie Sie.“ Der Ausgleich von Wirtschaft und Natur erfordere Fingerspitzengefühl, betont Martin Stümpfig (Grüne): „Aber Fingerspitzengefühl und Markus Söder passen überhaupt nicht zusammen.“ Nur Thomas Gehring von den Grünen erfreut den

Heimatminister, wenn auch unfreiwillig. Er bezeichnet Söder versehentlich als Ministerpräsidenten.

Auch das LEP, bei dem Söder auf Druck der eigenen Fraktion den Kritikern entgegenkommen musste, stößt auf erheblichen Widerstand. Zwar darf bei der Ausweisung von Gewerbegebieten nun kein Alternativstandort vorhanden sein, auch das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden. Die Entscheidung aber obliegt den kommunalen Behörden. Söder hält der Opposition plumpe Parolen vor. Er sagt: „Wir leben doch nicht mehr im Jahr 1970, sondern 2017 – und brauchen Antworten für 2020 fortfolgende.“ Am besten wüssten die Menschen in den Gemeinden selbst, wie sie mit ihrer Natur umzugehen hätten.

Konzilianter zeigt sich der frühere CSU-Chef Erwin Huber. Er hatte als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses nach einer Anhörung von Fachleuten auf eine Entscheidung bei der Ausweisung von Gewerbegebieten gedrängt. Über das Riedberger Horn sagt Huber: „Wir wollen eine Befriedung herbeiführen.“ Seit 20 Jahren werde im Allgäu gestritten, „ein Glaubenskrieg mit verfestigten Fronten“. Die Gemeinden müssten nun Baurecht herstellen, entschieden werde aber nach Naturschutzrecht. „Wir wollen eine sinnvolle Kompromisslösung“, sagt Huber. Ob die gelingt, darüber werden dann womöglich die Gerichte entscheiden müssen. Naturschützer haben bereits eine Klage angedroht.

Enttäuscht zeigt sich der „Freundeskreis Riedberger Horn“ über die Abstimmung. Aufgebehen haben die Gegner der Skischaukel aber noch nicht. Der Widerstand gehe nun „in die entscheidende Phase“, kündigt ein Sprecher an. Vor gut zwei Wochen hatte Seehofer die Kritiker zum Gespräch in der Staatskanzlei empfangen. Ein solches soll es in Kürze noch einmal geben. Dann auch mit den Bürgermeistern der beiden Gemeinden. > **Kommentar**



Seine Gegner nennen ihn den personalifizierten Heimatverschwender, er selbst spricht von mehr Umweltschutz: Heimatminister Markus Söder. FOTO: MATTHIAS BALK/DPA

Gymnasiasten besser auf Arbeitsleben vorbereiten

Kultusminister Spaenle will die berufliche Orientierung verbessern, damit nicht alle Abiturienten an die Unis drängen

München – Die berufliche Orientierung am Gymnasium wird neu aufgestellt. Noch in diesem Schuljahr bringt das Kultusministerium ein neues Konzept in die staatlichen Schulen, mit dem Mädchen und Buben im G 8 systematischer ihre Talente erkennen, Berufe ausprobieren und sich früher über Jobs informieren sollen. Im neuen G 9 ist die berufliche Orientierung ein Schwerpunkt, aber auch die letzten G-8-Jahrgänge sollen profitieren. Real- und Mittelschulen haben seit Jahren eine strukturell verankerte Berufsorientierung, an den Gymnasien war das bisher dem Engagement der Lehrer überlassen. „Wir wollen, dass die Berufsorientierung systematischer und intensiver wird, dafür werden jetzt Qualitätsstandards gesetzt“, sagte Schulminister Ludwig Spaenle der SZ. „Realschüler und Mittelschüler wissen ganz genau, was sie später machen möchten. Das wollen wir auch für die Gymnasiasen“, ergänzte Ralf Holtzward, der Chef der bayerischen Arbeitsagenturen.

Zwar arbeiten fast alle 322 staatlichen Gymnasien mit der Bundesagentur für Arbeit zusammen, schicken ihre Schüler auf Informationsmessen oder laden selbst Firmen ein, aber ein einheitliches Konzept gab es bisher nicht. An 84 Prozent der Schu-

len ist ein Betriebspraktikum Pflicht, künftig sollen alle bayerischen Gymnasiasten in Unternehmen den Arbeitsalltag erleben. Zwei Jahren lang haben Vertreter des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) mit der Bundesagentur für Arbeit, Lehrern sowie den Kamern von Handel, Handwerk und Industrie am Konzept gearbeitet.

Die Kinder sollen sich im „Dschungel der Möglichkeiten“ zurechtfinden, sagt Holtzward

Die größte Neuerung ist, dass künftig jedes Gymnasium einen Koordinator für berufliche Orientierung bekommen soll. Dieser baut das Konzept von der 5. Klasse bis zum Abitur auf, ist Ansprechpartner für Kammern, Arbeitsagentur oder Firmen, und organisiert mit Beratungslehrern sowie Fachkollegen die Betreuung der Praktika. Die Suche nach eigenen Talenten, Interessen und dem richtigen Beruf soll kontinuierlich Thema sein. Kernfach der Berufsorientierung bleibt Wirtschaft/Recht, aber auch im Lehrplan der anderen Fächer stehen nun entsprechende Inhalte. „Das kann zum Beispiel in Deutsch das Bewerbungs-

schreiben oder richtiger Ausdruck sein, in der 9. Klasse dann das Praktikum und in der Oberstufe das P-Seminar“, sagte Wolfgang Mutter aus der Gymnasialabteilung des Ministeriums. In der Mittelstufe liege der Fokus mehr auf der dualen Ausbildung, in der Oberstufe auf dem Studium.

Das Gymnasium soll nicht mehr automatisch die Universität als Ziel haben, sondern auch Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung vermitteln. Die Unternehmen hoffen auf eine Linderung des Fachkräftemangels und dass sich durch gezielte Information mehr Gymnasiasten für Industrie, Handwerk oder ein duales Studium entscheiden. Durch die intensivere Beratung soll auch die Abbrecherquote sinken. „Wenn 25 Prozent der Azubis ihre Ausbildungsverträge aufheben oder 32 Prozent der Studenten ihr Studium abbrechen, ist das ein Zeichen dafür, dass die Beratung nicht gut war“, sagte Holtzward.

Die Hälfte der Schulen habe bereits Bewerbungen für den Posten des Koordinators eingereicht, sagte Mutter. Er geht davon aus, dass die andere Hälfte bis April soweit ist. Für die acht Schulbezirke werden je zwei Multiplikatoren am ISB geschult, die dann alle Koordinatoren mit dem Konzept vertraut machen. Spaenle und Holtz-

ward hoffen, dass auch kommunale und private Gymnasien das Konzept zur Berufsorientierung übernehmen. „Kern ist, den Kindern zu helfen, sich im Dschungel der Möglichkeiten zurechtzufinden und die richtigen Entscheidungen zu treffen“, sagte Arbeitsagenturchef Holtzward. Gymnasiasten sollen ihren potenziellen Beruf möglichst beim Schnupperpraktikum in der 9. Klasse ausprobieren. Reicht dafür eine Woche aus? „Wenn diese Zeit gut vor- und nachbereitet wird und die Schüler in dieser Woche ihren Traumberuf testen können, reicht das“, findet Holtzward. Wer auf den Geschmack gekommen ist, könne ja in den Ferien weitermachen.

Kritiker fürchten aber, dass Gymnasiasten durch die Beratungsoffensive und den Blick aufs duale System in manchen Branchen Real- und Mittelschüler verdrängen. Holtzward sieht das Problem nicht: Elf Prozent der Gymnasiasten machten eine Ausbildung. „Alle sollen studieren, die das können – aber durch die Digitalisierung werden auch in der Industrie die Anforderungen weiter steigen.“ Schulminister Spaenle ist ebenfalls entspannt, Fachkräfte würden überall dringend gesucht „und auch die Mittelschüler werden mit der Kapelle am Bahnhof abgeholt.“ ANNA GÜNTHER

S-Bahn-Pläne sind rechtswidrig

Bundesverwaltungsgericht stoppt Schwenk durchs Knoblauchsland

Leipzig/Fürth – Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat den S-Bahn-Verschwenk im Norden von Fürth für rechtswidrig und nicht vollziehbar erklärt. Damit beendete das Gericht einen über mehr als zwei Jahrzehnte andauernden Streit der Stadt gegen die Deutsche Bahn. Auch der Bund Naturschutz und Landwirte aus dem Knoblauchsland hatte sich über Jahre gegen die Pläne der Bahn gewendet, die eine S-Bahnstrecke zwischen Fürth und Bamberg abseits der ICE-Trasse von Nürnberg nach Berlin bauen wollte. Ursprünglich hatte mit dem Trassenumweg, dem sogenannten Verschwenk, auch ein Gewerbegebiet an den Nahverkehr geschlossen werden sollen. Dieses Gewerbegebiet war aber nie realisiert worden. Die Stadt Fürth reagierte mit großer Erleichterung auf das Ende des Streits. Das Gericht sei mit der Entscheidung exakt der Argumentation der Stadt gefolgt, sagte Oberbürgermeister Thomas Jung. Der SPD-Politiker sprach von einem „eindrucksvollen Sieg der Stadt“.

Das Gericht gibt den Argumenten der Stadt Fürth recht

Das Vorhaben der Bahn war Teil der Aus- und Neubaustrecke von Nürnberg nach Berlin. Bislang werden auf dem Abschnitt von Nürnberg nach Bamberg auf zwei Gleisen sowohl der Nahverkehr als auch der Fern- und Güterverkehr abgewickelt. Im Planfeststellungsbeschluss war der Bau zweier neuer Gleise festgelegt worden, die nach Osten abschwenken und dabei einen neuen Haltepunkt sowie das ursprünglich geplante Industriegebiet anbinden sollten. Die Stadt Fürth dagegen wollte, dass die neue S-Bahn-Trasse parallel zu den Bestandsgleisen gelegt wird. Ihren Argumenten gab das Gericht nun recht.

So verstößen die Pläne schon gegen Naturschutzrecht, weil die für den Verlust von Brutrevieren des stark gefährdeten Kiebitzes angebotenen Ausgleichsflächen zum großen Teil nicht geeignet seien. Auch könne nicht ausgeschlossen werden, dass auf der geplanten Strecke vermehrt Fledermäuse mit S-Bahnen kollidierten. Zudem bemängelte das Gericht, das ermittelte Kosten-Nutzen-Verhältnis sei nicht hinreichend abgewogen worden. Das Eisenbahnbundesamt habe beim bisher gültigen Beschluss die „substantiierten Einwendungen“ der Stadt „mit jedenfalls vertretbaren Argumenten“ zurückweisen müssen.

Leider sei die Haltung der Stadt „immer nur belächelt“ und Fürth „letztlich von allen Ebenen im Stich gelassen worden“, bemängelte OB Jung. Insofern mische sich in die Freude auch etwas Bitterkeit. Die Entscheidung dokumentiere die „Ignoranz der Deutschen Bahn und vieler staatlicher Stellen“, die sich vernünftigen Argumenten einer Großstadt über Jahre verweigert und dadurch „unnötig Zeit und Geld verschwendet“ hätten. OLAF PRZYBILLA

Städte und Gemeinden uneins über Gebühren

München – Zwischen den Städten und den ländlichen Gemeinden bahnt sich eine Kontroverse über Ausbaubeiträge für Anliegerstraßen an. Während der Städtetag die umstrittenen Zahlungen der Anlieger für die Sanierung der Straßen vor ihren Grundstücken beibehalten will, haben die ländlichen Gemeinden nichts gegen ihre Abschaffung – vorausgesetzt der Freistaat ersetzt ihnen die finanziellen Ausfälle, die ihnen dadurch entstünden. Die Ausbaubeiträge sind seit Jahren ein Zankapfel. Viele Hausbesitzer sträuben sich, für die Sanierung der Straßen vor ihren Grundstücken zum Teil fünfstelligen Beiträge an ihre Kommunen zu überweisen. Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger, der die Forderung nach Abschaffung der Beiträge am Mittwoch erstmals formuliert hatte, erneuerte sie am Donnerstag. Die Ausbaubeiträge müssten endlich ohne Nachteile für die Kommunen abgeschafft werden, sagte er. „Wenn eine Staatsregierung das nicht garantieren kann, dann muss sie abgewählt werden.“

Beim Städtetag hält man nichts von dem Vorstoß. „Die Ausbaubeiträge sind ein unverzichtbares Finanzierungsmittel“, sagte dessen Geschäftsführer Bernd Bückenhofer. „Der Grundsatz war und ist unbestritten, dass derjenige, der mit einer kommunalen Einrichtung einen Sonderverteil erhält, die entstehenden Kosten in vertretbarem Umfang tragen soll.“ Die Forderung nach Abschaffung der Beiträge versichere die Städte. Der Gemeindetag ist ganz anderer Ansicht. „Wenn im Landtag eine Mehrheit für die Abschaffung der ungeliebten Beiträge plädiert, sind wir die letzten, die sich sträuben“, sagte Verbands-sprecher Wilfried Schober. „Allerdings muss der Freistaat uns Kommunen Ersatz für die Ausfälle anbieten.“ Anders als die Freien Wähler, die das Volumen der Beiträge auf bayernweit 60 Millionen Euro pro Jahr beziffern, geht der Gemeindetag „von 120 bis 150 Millionen Euro im Jahr aus“. Schließlich müssten auch die Sanierungskosten von Straßen in Gemeinden mitberechnet werden, die die Anlieger bisher nicht zur Kasse bitten. Laut Gemeindetag sind auch die allermeisten CSU-Bürgermeister für die Abschaffung. „Das Thema ist ein Ärgernis für einen jeden, egal welcher Partei“, sagt Schober. Dies sei auch der Hauptgrund, warum nach wie vor viele Gemeinden auf die Beiträge verzichten – darunter Abensberg, das Gemeindetagschef Uwe Brandl (CSU) regiert. CWS